Studie

Alternativen zur Festplattenvernichtung

[21.03.2022] Behörden und öffentliche Einrichtungen in Deutschland geben jedes Jahr 6,4 Millionen Euro für die Vernichtung und den Austausch von Datenspeichern aus – trotz nachhaltiger Alternativen. Dies ergab eine Studie des Datenvernichtungs-Unternehmens Blancco.

Die auf Datenlöschung und -vernichtung spezialisierte Blancco Technology Group hat eine Studie über Richtlinien und Verfahrensweisen zur Datenvernichtung von IT-Geräten in Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen veröffentlicht. Für die Studie wurden 596 IT-Verantwortliche öffentlicher Einrichtungen in neun Ländern befragt, darunter 70 Verantwortliche in Deutschland. Demnach geben die befragten Behörden und öffentlichen Einrichtungen in Deutschland – darunter etwa Verwaltungseinrichtungen, aber auch Abfallwirtschaftsunternehmen und Krankenhäuser – insgesamt 1,9 Millionen Euro für die physische Vernichtung von Solid State Drives (SSDs) aus. SSDs werden als Wechseldatenspeicher, aber auch in Laptops, Desktops und Servern genutzt. Hinzu kommen Kosten für die Anschaffung von SSDs als Ersatz in Höhe von 4,5 Millionen Euro. Dadurch summieren sich die Ausgaben auf 6,41 Millionen Euro für die Vernichtung von IT-Geräten, die in den meisten Fällen wiederverwendet werden könnten – vermeidbare Kosten in oftmals finanziell limitierten öffentlichen Einrichtungen, urteilt die Blancco-Studie.

Ökologische Kosten vs. Sicherheitsbedenken

Vor dem Hintergrund sich rasant vermehrenden Elektroschrotts untersucht die Studie auch die aktuellen Bemühungen des öffentlichen Sektors um nachhaltige Alternativen. 51 Prozent der Befragten in Deutschland stimmten demnach zu, dass die Wiederverwendung von SSDs besser für die Umwelt ist als die physische Vernichtung. Zudem geben fast alle Studienteilnehmer (93 Prozent) an, dass ihre Einrichtung einen Plan zur Verringerung der Umweltauswirkungen durch die Vernichtung von IT-Geräten hat. Trotzdem setzt weniger als ein Viertel (21 Prozent) der befragten Einrichtungen Pläne zur Wiederverwendung von SSDs auch aktiv um. Eine Rolle mögen dabei sicherheitsrechtliche Erwägungen spielen: In vielen Fällen ist eine physische Vernichtung von Festplatten vorgeschrieben, wenn darauf geheime Daten gespeichert sind. Für Datenträger ohne Verschlusssachen sind aber auch andere Datenvernichtungslösungen möglich.

Zu viele Datenträger werden vernichtet

Anscheinend wird in öffentlichen Einrichtungen nicht immer ausreichend nach verlangter Sicherheitsstufe differenziert und SSDs werden pauschal vernichtet. Die Gründe sind vielfältig: So gaben 36 Prozent der Befragten an, dass die physische Vernichtung von SSDs mit Verschlusssachen in ihrem Land gesetzlich vorgeschrieben sei und sie daher alle SSDs ungeachtet des Inhalts vernichten. 39 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die physische Vernichtung günstiger ist als andere Lösungen zur Datenvernichtung, etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) kennt keine anderen Verfahren. 36 Prozent glauben, dass es keine zugelassene Lösung für ein anderes Verfahren gibt. In den befragten Einrichtungen in Deutschland werden gemäß der Umfrage 47 Prozent der Geräte oder externen Festplatten zur physischen Vernichtung an einen externen Dienstleister übergeben. Dies ist der höchste Anteil aller untersuchten Länder.
Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich Verwaltungen und andere öffentliche Einrichtungen weltweit

zwar zu mehr Nachhaltigkeit verpflichten, dass aber nur wenige ihre gefassten Pläne auch konsequent umsetzen. Dies führe auch zu hohen Kosten für die Vernichtung und den Ersatz von SSDs. Da die Ausgaben öffentlicher Einrichtungen immer im Fokus stünden, sei es dringend erforderlich, dass nachhaltige Alternativen geprüft würden, welche die Lebensdauer von Geräten verlängern, absolute Datensicherheit am Lebensende von SSDs bieten und letztlich der öffentlichen Hand Kosteneinsparungen in Millionenhöhe ermöglichen.

(sib)

Zur Blancco-Studie „Der Preis der Datenvernichtung“

Stichwörter: Panorama, Datenvernichtung, Datenlöschung